

## **Vergabeverfahren**

### **„IT-Service für Workload Automation“ Aktenzeichen BW 05/25**

## **Vergabeunterlagen**

### **Teil A.**

## **Vergabebedingungen**

## **1. Informationen zum Auftraggeber und zur Vergabestelle**

### **1.1 Auftraggeber**

Auftraggeber sind die in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammengeschlossenen öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) und das Deutschlandradio (DR), vertreten durch die Geschäftsführung des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio (nachfolgend „Beitragsservice“ oder „Auftraggeber“ genannt).

Der Beitragsservice ist eine nicht rechtsfähige Gemeinschaftseinrichtung der ARD, des ZDF und des DR. Der Beitragsservice hat den Auftrag, den Rundfunkbeitrag einzuziehen und verwaltet ca. 46,0 Mio. Beitragskonten.

### **1.2 Vergabestelle**

ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice  
Freimersdorfer Weg 6  
50829 Köln

## **2. Gegenstand und wesentliche Elemente der Vergabemaßnahme**

Der Beitragsservice beabsichtigt, einen Vertrag über die Bereitstellung und Implementierung einer Softwarelösung für Workload Automation inklusive Migration und Serviceleistungen (Unterstützungs- und Pflegeleistungen) über einen Zeitraum von 4 Jahren abzuschließen.

Weitere Einzelheiten zu den ausgeschriebenen Leistungen sind den Vergabeunterlagen (insbesondere der Leistungsbeschreibung (Teil B.)) zu entnehmen.

## **3. Ablauf des Vergabeverfahrens**

### **3.1 Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen**

Die Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen erfolgt im offenen Verfahren gemäß § 15 VgV.

### 3.2 Elektronische Abwicklung des Vergabeverfahrens

3.2.1 Das Vergabeverfahren wird elektronisch über das Deutsche Vergabeportal (nachfolgend „dtvp“) unter <https://www.dtv.de> abgewickelt.

Die elektronische Abwicklung des Vergabeverfahrens über das dtvp bietet insbesondere folgende Möglichkeiten:

- elektronischer, kosten- und registrierungsfreier Zugang zu den gesamten Vergabeunterlagen
- Bereitstellung von Antworten auf Bieterfragen
- Bereitstellung von wichtigen Informationen zu den Verfahrensunterlagen oder zum Ablauf des Verfahrens

3.2.2 Sofern interessierte Unternehmen die Vergabeunterlagen ohne vorherige Registrierung bzw. Anmeldung auf dem dtvp heruntergeladen haben, erhält das Unternehmen keine E-Mail-Benachrichtigungen zu späteren Änderungen an den Vergabeunterlagen. Das Unternehmen ist dann in der Pflicht, sich selbstständig über Änderungen oder Antworten auf Bieterfragen auf dem Vergabeportal zu informieren (Holschuld).

Vor diesem Hintergrund wird eine vorherige Registrierung und Anmeldung auf dem dtvp empfohlen.

3.2.3 Die gesamte Kommunikation in diesem Verfahren erfolgt ausschließlich elektronisch über das dtvp. Eine aktive Teilnahme an der Bieterkommunikation ist nur nach vorheriger Registrierung und Teilnahme am Vergabeverfahren möglich.

### 3.3 Registrierung und Teilnahme am Vergabeverfahren

3.3.1 Interessierte Unternehmen, die aktiv am Vergabeverfahren teilnehmen und ein Angebot abgeben möchten, müssen sich zuvor einmalig kostenfrei auf dem dtvp unter <https://www.dtv.de> registriert haben.

3.3.2 Eine **einmalige und kostenfreie** Registrierung kann direkt auf dem dtvp unter

<https://www.dtv.de/bieter/preise-editionen>

oder im Projektraum der jeweiligen Ausschreibung unter dem Menüpunkt „Anmelden“ – „Noch nicht registriert“ durchgeführt werden.

Nach erfolgter Registrierung können Sie sich über die Schaltfläche „Anmelden“ mit Ihren Zugangsdaten (E-Mail und Passwort) beim dtvp einloggen.

3.3.3 Sollten Sie Interesse an einer Teilnahme haben, so gelangen Sie über die Schaltfläche „Jetzt teilnehmen“ zur Freischaltung, die Sie für eine aktive Teilnahme bestätigen müssen.

Mit erfolgreicher Anmeldung auf dem dtvp und Teilnahme am Vergabeverfahren werden Sie

- über neue Nachrichten und spätere Änderungen an den Vergabeunterlagen von der Vergabestelle automatisch per E-Mail informiert;
- können Sie direkt über den Kommunikationsbereich der Vergabestelle eigene Nachrichten zukommen lassen;
- können Sie elektronische Angebote abgeben.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <https://www.dtv.de>. Für Fragen zum dtvp steht Ihnen das Service- und Support Center der Firma cosinex GmbH zur Verfügung (<https://support.cosinex.de>).

3.3.4 Nach automatischer Freischaltung gelangen Sie wieder zum Projektraum der jeweiligen Ausschreibung.

3.4 Dem Vergabeverfahren liegt folgende **vorläufige Zeitplanung** zugrunde:

Verfahrensschritt	Termine/Zeiträume
Frist für Bieterfragen	22.06.2026,
Frist zur Abgabe der Angebote (Angebotsfrist)	29.06.2026, 12:00 Uhr
Vorabinformation	15 Tage vor Zuschlagserteilung und Vertragsschluss bzw. 10 Tage vor Zuschlagserteilung und Vertragsschluss bei elektronischer Benachrichtigung (z. B. Fax oder E-Mail)
Zuschlag/Vertragsschluss	Voraussichtlich Juli 2026
Ende der Zuschlagsfrist/Bindefrist	31.07.2026

### 3.5 Struktur der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen bestehen aus den folgenden Dokumenten:

- Aufforderung zur Angebotsabgabe zu BW 05/25
- Teil A. Vergabebedingungen zu BW 05/25
- Teil B. Leistungsbeschreibung zu BW 05/25
- Teil C. Formulare für die Erstellung des Angebots bestehend aus

**Anlage A** „Angebot“ nebst nachfolgender Anlagen A1 bis A12

**Anlage A1** „Bevollmächtigter Vertreter des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft“

**Anlage A2** „Bietergemeinschaftserklärung“

**Anlage A3** „Verzeichnis zu Leistungen/Teilleistungen durch Nachunternehmer (Unterauftragnehmer)“

**Anlage A4** „Erklärung zur Eignungsleihe“

**Anlage A5** „Verpflichtungserklärung Drittunternehmen“

**Anlage A6** „Eigenerklärung – Allgemeine Eignungsanforderungen“

**Anlage A6** Anhang – „Eigenerklärung „Weitere Angaben zum Bieter“

**Anlage A7** „Eigenerklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit“

**Anlage A8** „Eigenerklärung – Besonderer Eignungsanforderungen“

**Anlage A9** „Referenzliste“

**Anlage A10** „Preisblatt“

**Anlage A11** „Qualität“

**Anlage A12** „Vertrag zu BW 05/25“ nebst Anlagen

Anlage 1: Abnahmeprotokoll

Anlage 2 „Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung“

Anhang 1: „Darstellung der technischen und organisatorischen Maßnahmen des Auftragsverarbeiters  
(Anhang 1 ist zwingend vom Bieter auszufüllen!)

Anlage 3 „Zusatzvereinbarung Homeoffice“

Anhang 1: „TOM Homeoffice“ (Anhang 1 ist zwingend vom Bieter auszufüllen!)

Anlage 4 „Informationssicherheitsregelung für IT- Dienstleistungen (Stand November 2023)“

Die Anforderungen an die Angebote und die Leistung im Sinne von § 31 VgV i.V.m. § 121 GWB sowie § 32 VgV ergeben sich aus der Gesamtheit dieser Vergabeunterlagen.

### **3.6 Kommunikation**

- 3.6.1 Die Kommunikation in diesem Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich elektronisch über das dtvp. Im Projektraum der jeweiligen Ausschreibung sind unter dem Bereich „Kommunikation“ alle Bieter Nachrichten und Informationen der Vergabestelle einsehbar.
- 3.6.2 Bieterfragen sind umgehend in Textform und ausschließlich über die Schaltfläche „Kommunikation“ zu stellen.

Rechtzeitig eingegangene Bieterfragen werden bis spätestens 7 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist beantwortet. Die Frist, innerhalb der die Bieterfragen gestellt und sachgerecht beantwortet werden können, endet am

**22.06.2026.**

Eine Beantwortung von Fragen, die zu einem späteren Zeitpunkt als die oben genannte Frist bei der Vergabestelle eingehen, kann nicht garantiert werden.

#### **§ 20 Abs. 3 VgV sieht Folgendes vor:**

*„Die Angebotsfristen sind, [...], zu verlängern,*

*wenn zusätzliche Informationen trotz rechtzeitiger Anforderung durch ein Unternehmen nicht spätestens sechs Tage vor Ablauf der Angebotsfrist zur Verfügung gestellt werden; [...].“*

#### **3.6.3 Hinweis:**

Da die Kommunikation für freigeschaltete Unternehmen über das Vergabeportal abgewickelt wird, ist es unbedingt erforderlich, dass eine aktuelle E-Mail-Adresse genutzt wird, um über eingehende Nachrichten rechtzeitig informiert zu werden.

- 3.6.4 Bei den personenbezogenen Bezeichnungen in diesen Vergabeunterlagen gilt die gewählte Form für jegliche Art von natürlichen und juristischen Personen. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „Bieter“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bietergemeinschaften gemeint.

### 3.7 Auskünfte und Fragen zu den Vergabeunterlagen und/oder zur Bekanntmachung

Die Bieter haben sich von der Vollständigkeit der ihnen überlassenen Unterlagen zu überzeugen. Bei Unvollständigkeit der Unterlagen haben sie die Vergabestelle unverzüglich darauf hinzuweisen. Enthalten die Bekanntmachung, die Vergabeunterlagen und/oder die sonstigen Unterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten oder widersprüchliche Angaben, die für die Erstellung eines Angebots relevant sein könnten, hat der Bieter die Vergabestelle unverzüglich darauf hinzuweisen. Dies gilt auch, wenn der Bieter der Auffassung ist, dass die zur Verfügung gestellten Unterlagen gegen geltendes Recht verstoßen.

Bieter haben etwaige Rückfragen zu den Vergabeunterlagen und/oder zur Bekanntmachung über den Kommunikationsbereich im Projektraum der jeweiligen Ausschreibung zu stellen.

#### Hinweis:

Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass Auskünfte und Antworten auf Bieterfragen grundsätzlich nur elektronisch über das dtvp erteilt werden. Telefonische Auskünfte werden den Bieter nicht erteilt.

Die den Bieter im Verlaufe des Vergabeverfahrens erteilten Informationen (Antworten auf Bieterfragen, schriftliche Hinweise etc.) sind ebenso wie die Vergabeunterlagen bei der Erstellung des Angebots zugrunde zu legen. Diese Antworten und schriftliche Hinweise des Auftraggebers, welche die Vergabeunterlagen ergänzen, präzisieren oder abändern, gehen diesen Vergabeunterlagen vor.

## 4. Angebot

### 4.1 Anforderungen an das Angebot

- 4.1.1 Der Bieter hat für die Angebotserstellung – sofern vorhanden – die von der Vergabestelle des Beitragsservice zur Verfügung gestellten Formulare (**Anlage A und die Anlagen A1 bis A12**) zu verwenden. Sämtliche Anlagen sind an den dafür vorgesehenen Stellen sorgfältig auszufüllen.

Soweit erforderlich, sind die Anlagen zu duplizieren und mehrfach zu verwenden.

- 4.1.2 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Unterlagen, die in einer fremden Sprache eingereicht werden, sind beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzungen beizufügen.

4.1.3 Das Angebot muss vollständig sein und die in den Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise enthalten; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden. Der Bieter hat sicherzustellen, dass die von ihm eingereichten Unterlagen vollständig, verständlich und eindeutig sind.

4.1.4 Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen unter Fristsetzung nachzufordern, vervollständigen oder korrigieren zu lassen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Werden die vom Beitragsservice geforderten Erklärungen und Nachweise oder sonstige Angaben auch bis zum Ablauf der Nachforderungsfrist nicht durch den Bieter vorgelegt, so wird das Angebot vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

4.1.5 Änderungen/Berichtigungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Berichtigungen dürfen nur so vorgenommen werden, dass die unrichtigen Eintragungen gestrichen und die richtigen darüber gesetzt werden.

4.1.6 Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen, insbesondere an den vorgegebenen Anlagen (**Anlage A und Anlagen A1 bis A12 inkl. Anlagen**) sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots. Etwaige entgegenstehende Allgemeine Geschäfts- oder Vertragsbedingungen sowie eingereichte Vertragsmuster oder Änderungsvorschläge der Bieter, die nicht ausdrücklich vom Beitragsservice angefordert wurden, finden keine Anwendung und sind gegenstandslos und werden grundsätzlich nicht berücksichtigt.

4.1.7 Für die Bearbeitung des Angebots wird keine Vergütung gewährt. Die dem Angebot beigelegten Unterlagen gehen ohne Vergütungsanspruch in das Eigentum des Beitragsservice über.

## **4.2 Elektronische Abgabe des Angebots und Angebotsfrist**

4.2.1 Das Angebot inkl. der geforderten Erklärungen und Nachweise ist ausschließlich in **elektronischer** Form über das dtvp einzureichen.

Ausreichend ist Textform im Sinne von § 126 b BGB. Eine Einreichung der Angebote mit fortgeschrittener bzw. qualifizierter elektronischer Signatur oder fortgeschrittenem bzw. qualifiziertem elektronischem Siegel ist nicht erforderlich.

### **Hinweis:**

**Angebote in Papierform, per Fax oder per E-Mail sind nicht zugelassen und werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.**



Für die Wahrung der Textform im Sinne des §126 b BGB ist bei juristischen Personen oder Handelsgesellschaften der Firmenname und die Rechtsform zu benennen. Darüber hinaus ist ergänzend die Benennung des konkreten Mitarbeiters bzw. Vertreters erforderlich, der das Angebot abgegeben hat.

**Hinweis:**

Für die das Angebot laut **Anlage A „Angebot“** abgebende/n Person/en ist – sofern es sich nicht um den gemäß **Anlage A1** bevollmächtigten Vertreter des Bieters handelt – eine **Vollmacht** als Anlage beizufügen, aus der sich ergibt, dass die Person/en zur Abgabe verbindlicher rechtsgeschäftlicher Erklärungen für den Bieter in diesem Vergabeverfahren berechtigt ist/sind. Dies gilt nicht, wenn sich die Vertretungsmacht bereits aus dem Handelsregister ergibt.

4.2.2 Nur nach erfolgreicher Anmeldung und Freischaltung haben Bieter im Projekt-raum der jeweiligen Ausschreibung über die Schaltfläche „Angebot“ die Möglichkeit, ein Angebot in digitaler Form abzugeben.

4.2.3 Elektronische Angebote werden beim dtvp mithilfe des Bietertools abgegeben.

Mit der Schaltfläche „Installationsdatei herunterladen“ bzw. „Projektdatei herunterladen“, letzteres wenn das Bietertool bereits auf Ihrem Rechner installiert ist, gelangen Sie zum „Cosinex Bietertool“ und können mit der elektronischen Angebotsabgabe starten.

Mit Herunterladen der Projektdatei öffnet sich automatisch das Bietertool und sämtliche Vergabeunterlagen und Verfahrensangaben werden in das Bietertool geladen. Das heruntergeladene Projekt erscheint dann auf einer Übersichtsseite, auf der durch „Projekt öffnen“ die elektronische Angebotsabgabe über das Bietertool gestartet werden kann.

Notwendige Informationen über die technischen Parameter zur Einreichung von elektronischen Angeboten etc. werden unter

<https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pageId=28115002>

bereitgestellt.

4.2.4 Der Abgabeprozess für elektronische Angebote erfolgt entsprechend der im Bietertool linksseitig platzierten Menüleiste, deren Schaltflächen nacheinander abgearbeitet werden müssen.

- 4.2.5 Anlagen zum Angebot (z.B. die geforderten Nachweise und Erklärungen) können als „Eigene Dokumente“ zum elektronischen Angebot im Bietertool unter der Schaltfläche „Dokumente zum Angebot“ hochgeladen werden.
- 4.2.6 Mit Einreichung in Textform nach § 126b BGB gelten das Angebot und alle damit eingereichten Unterlagen als vom Bieter unterschrieben. Evtl. in den vorgegebenen Formularen enthaltene Eintragungsmöglichkeiten für Unterschrift bzw. Firmenstempel müssen vom Bieter nicht ausgefüllt werden.
- 4.2.7 Bei Angeboten von Bietergemeinschaften muss das Angebot von dem bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft in Textform nach § 126b BGB eingereicht und hochgeladen werden. Weitere Einzelheiten zur Bietergemeinschaft entnehmen Sie bitte nachfolgender Ziffer 12.
- 4.2.8 Etwaige Erklärungen Dritter (bspw. Verpflichtungserklärung Drittunternehmen, Erklärungen einzelner Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft) sind dem Angebot - soweit möglich - signiert beizufügen. Hierzu kann die unterschriebene Dritterklärung eingescannt bzw. abfotografiert werden oder die E-Mail, mit der der Dritte seine Erklärung an den Bieter übersandt hat, mit dem Angebot eingereicht werden.

### **4.3 Frist für die Abgabe der Angebote**

- 4.3.1 Das Angebot und die geforderten Erklärungen und Nachweise sind über das Bietertool der Vergabeplattform DTVP bis zum

**29.06.2026, 12:00 Uhr**

einzureichen.

Das elektronische Angebot muss vor Ablauf der Angebotsfrist vollständig eingegangen sein, es muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen verlangten Angaben, Erklärungen und Nachweise enthalten. Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

**Maßgeblicher Zeitpunkt für die Einhaltung der Angebotsfrist ist der Eingang der Unterlagen, nicht der Zeitpunkt, zu dem das Versenden des Angebots gestartet wurde.**

4.3.2 Angebote, die aus Gründen, die der Bieter zu vertreten hat, verspätet eingehen, werden nicht berücksichtigt. Angebote, deren verspäteter Eingang durch Umstände verursacht ist, die nicht vom Bieter zu vertreten sind, können berücksichtigt werden. In diesem Fall muss der Bieter die Umstände, auf welche er diese Auffassung stützt, der Vergabestelle unverzüglich darlegen und glaubhaft machen.

#### **4.4 Änderungen und Rücknahme des Angebots vor Ablauf der Angebotsfrist**

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist kann das Angebot jederzeit elektronisch bearbeitet, geändert oder zurückgezogen werden und nach Überarbeitung anschließend erneut abgegeben werden.

#### **5. Keine losweise Vergabe**

Die Leistung wird insgesamt vergeben. Eine Bewerbung nur für Teilleistungen ist nicht möglich und führt zum Ausschluss des Angebots.

#### **6. Vertraulichkeit**

Die Vergabeunterlagen samt ihrer Anlagen sowie die darin enthaltenen Informationen und alle vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen sind vertraulich. Sie dürfen weder Dritten zugänglich gemacht noch außerhalb dieses Vergabeverfahrens verwendet werden, soweit sie nicht öffentlich zugänglich bzw. bekannt sind oder ohne Mitwirkung des Bieters bekannt werden. Dies gilt auch nach Abschluss des Vergabeverfahrens.

Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn es sich bei dem Dritten um ein gegenüber dem Auftraggeber mit der Abgabe des Angebots benanntes Drittunternehmen (Unterauftrag/Eignungsleihe) handelt und dieses Drittunternehmen vom Bieter zur Wahrung der vorgenannten Vertraulichkeitsbestimmung verpflichtet wurde.

Die Bieter dürfen Veröffentlichungen über eigene Leistungen oder Teile des Vorhabens, welche ihnen im Rahmen des Vergabeverfahrens bekannt geworden sind, nur mit Zustimmung des Auftraggebers vornehmen. Hierzu gehört auch die Angabe von Verfahren oder die Bekanntgabe von Zeichnungen, Plänen etc. Gleiches gilt für Erkenntnisse, die der Bieter im Rahmen der Auftragsdurchführung erhält.

Der Bieter hat die mit der Erstellung des Angebots befassten eigenen und ggf. sonstigen Mitarbeiter im Voraus schriftlich zur Vertraulichkeit zu verpflichten.

Dies gilt auch für einbezogene verbundene Unternehmen oder Unterauftragnehmer. In gleicher Weise verpflichtet sich die Vergabestelle zur vertraulichen Behandlung der Angebote der Bieter.

## **7. Teilangebote, Angebote unter Vorbehalt, Nebenangebote oder Änderungsvorschläge**

Teilangebote oder Vorbehalte zu einem Angebot sind nicht zulässig und werden nicht berücksichtigt.

Nebenangebote und Änderungsvorschläge werden nicht zugelassen.

## **8. Zuschlagsfrist, Bindefrist**

Die Vergabestelle beabsichtigt, den Zuschlag möglichst bis

**Ende Juli 2026**

zu erteilen.

Der Bieter ist jedoch vorsorglich bis zum

**31.07.2026**

an sein Angebot gebunden (Bindefrist).

## **9. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen**

Die Bieter werden darauf hingewiesen, dass etwaige wettbewerbsbeschränkende Absprachen unzulässig sind. Dies gilt insbesondere für Vereinbarungen und Verhandlungen über:

- Abgabe und Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernde Vergütung und die Vergütungsbestandteile,
- Gewinnaufschläge,
- Zahlungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar und mittelbar die Vergütung beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligungen oder andere Abgaben sowie
- Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach Maßgabe des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind.

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen und/oder beteiligt haben, werden ausgeschlossen.

## **10. Rechtsschutz**

### *10.1 Zuständige Vergabekammer*

Bieter können sich zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen an folgende Stelle wenden:

**Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln**

**Zeughausstraße 2-10**

**50667 Köln**

**Telefon: 0221 / 147 3055**

**Telefax: 0221 / 147 2889**

**E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de**

### *10.2 Einlegung von Rechtsbehelfen*

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Vergabestelle gerügt werden;
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Vergabestelle gerügt werden;
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Weitere Einzelheiten hierzu können dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere §§ 160 ff. GWB, entnommen werden. Das GWB kann unter [www.gesetze-im-internet.de](http://www.gesetze-im-internet.de) eingesehen werden.

## 11. Kennzeichnung von Geheimnissen

Bieter sind aufgefordert, die Teile ihres Angebots, die ein Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens von der Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z.B. andere Bewerber oder Bieter) ausgehen (vgl. § 165 Abs. 3 GWB).

## 12. Bietergemeinschaften

- 12.1 Die Bildung von Bietergemeinschaften ist zulässig. Bietergemeinschaften werden gemäß § 43 Abs. 2 VgV wie Bieter behandelt.
- 12.2 Bietergemeinschaften haben ebenso wie Einzelbieter einen bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu benennen und sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft anzugeben. Der bevollmächtigte Vertreter der Bietergemeinschaft muss ein Mitglied der Bietergemeinschaft sein.
- 12.3 Eine Bietergemeinschaft hat für die Benennung des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft die **Anlage A1** zu verwenden.
- 12.4 Zudem hat eine Bietergemeinschaft **zwingend** die **Anlage A2** „Bietergemeinschaftserklärung“ auszufüllen und mit ihrem Angebot einzureichen. In dieser **Anlage A2** sind neben dem bevollmächtigten Mitglied sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen.
- 12.5 Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch.
- 12.6 Angebote von Bietergemeinschaften **müssen** von dem bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft in Textform gemäß § 126b BGB eingereicht und hochgeladen werden. Sofern und soweit das Angebot keine abweichenden Angaben enthält, geht der Beitragsservice davon aus, dass alle Angaben bzw. Erklärungen, die vom bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft vorgenommen werden, einheitlich für die gesamte Bietergemeinschaft gelten.

Der Beitragsservice behält sich vor, die ordnungsgemäße Bevollmächtigung des in **Anlage A1** benannten bevollmächtigten Vertreters unmittelbar vor Zuschlagserteilung zu überprüfen und entsprechende Nachweise anzufordern.

### 13. Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Der Einsatz von Drittunternehmen zur Auftragsdurchführung bzw. die Inanspruchnahme von Kapazitäten der Drittunternehmen ist zulässig.

#### 13.1 *Drittunternehmen als Nachunternehmer*

13.1.1 Der Einsatz von Drittunternehmen als Nachunternehmer für die Erbringung von Leistungen ist zulässig.

Unterauftragnehmer sind rechtlich selbständige (Dritt-)Unternehmen, die nicht mit dem Bieter identisch sind. Verbundene Unternehmen im Sinne des Aktiengesetzes gelten als Nachunternehmer (Unterauftragnehmer).

Ein Unterauftrag ist ein zwischen einem erfolgreichen Bieter und einem Drittunternehmen geschlossener Vertrag über die Ausführung der vergebenen Gesamtleistung oder eines Teiles der vergebenen Leistungen. Als Unterauftragnehmer wird mithin ein Dritter bezeichnet, der in einem direkten vertraglichen Verhältnis zum Auftragnehmer steht und für diesen Teile der zu vergebenden Leistung erbringt, ohne dabei selbst in einem unmittelbaren vertraglichen Verhältnis zum Auftraggeber zu stehen.

13.1.2 Sollen Leistungen durch Nachunternehmer erbracht werden, so hat der Bieter dies bereits mit der Abgabe seines Angebots zu erklären (§ 46 VgV) und kann - soweit ihm das möglich ist - diese bereits mit der Abgabe seines Angebots für benennen. Hierfür ist die **Anlage A3** „Verzeichnis zu Leistungen/Teilleistungen der Nachunternehmer (Unterauftragnehmer)“ zu verwenden.

13.1.3 Für den Fall, dass der Bieter mit der Abgabe seines Angebots Nachunternehmer (Unterauftragnehmer) noch nicht konkret benennen kann und beabsichtigt, Nachunternehmer (Unterauftragnehmer) **lediglich** für die konkrete Leistungserbringung und nicht schon für den Nachweis der Eignung einzusetzen, so gilt Folgendes:

Der für den Zuschlag vorgesehene Bieter hat nach Aufforderung durch den Auftraggeber innerhalb einer gesetzten Frist die vorgesehenen Unterauftragnehmer konkret zu benennen und durch die Vorlage von entsprechenden Verpflichtungserklärungen den Nachweis zu erbringen, dass ihm die erforderlichen Mittel des Unterauftragnehmers für die Durchführung der Leistungen/jeweiligen Teilleistungen tatsächlich zur Verfügung stehen. Hierfür ist ebenfalls die **Anlage A5** „Verpflichtungserklärung Drittunternehmen (Unterauftrag/Eignungsleihe)“ zu verwenden.

## 13.2 Eignungsleihe

13.2.1 Will sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Drittunternehmen) berufen (sog. „Eignungsleihe“ im Sinne von § 47 Abs. 1 bis 3 VgV), so hat er dieses andere Unternehmen **zwingend bereits bei der Abgabe des Angebots** konkret unter Angabe der Kapazitäten, derer sich der Bieter bedient, zu benennen.

Hierfür ist die **Anlage A4** „Erklärung zur Eignungsleihe § 47 VgV“ zu verwenden.

Das Angebot muss darüber hinaus zwingend folgende Angaben enthalten:

- Nachweis, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel/Kapazitäten bei der Erfüllung des Auftrages tatsächlich zur Verfügung stehen (dies gilt auch für den Fall der Eignungsleihe bei mit dem Bieter verbundenen Unternehmen im Sinne des Aktiengesetzes)  
**und**
- soweit der Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (vgl. § 45 VgV) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, so ist eine Erklärung des Bieters und des Unternehmens vorzulegen, aus der hervorgeht, dass diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haften.

13.2.2 Für den Nachweis, dass dem Bieter die für den Auftrag erforderlichen Mittel/Kapazitäten bei der Erfüllung des Auftrages tatsächlich zur Verfügung stehen, ist die **Anlage A5** „Verpflichtungserklärung Drittunternehmen“ auszufüllen und von jedem Unternehmen zu unterzeichnen. Das ausgefüllte und unterzeichnete Formular ist dem Angebot beizufügen.

13.2.3 Die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung Drittunternehmen“ (vgl. **Anlage A5**) abzugeben.

13.2.4 Für die Form der Unterschriften genügt Textform gemäß § 126 b BGB, so dass gefaxte, gescannte oder Unterschriften in Kopie ausreichend sind (vgl. Ziffer 4.2.8).

13.2.5 Der Bieter muss ein Unternehmen innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist ersetzen, wenn bei diesem ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB oder § 124 GWB vorliegt und eine Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB



dem Auftraggeber nicht nachgewiesen wurde oder das entsprechende Eignungskriterium vom Unternehmen nicht erfüllt wird (vgl. § 47 Abs. 2 VgV).

13.2.6 Soweit diese Unternehmen auch als Nachunternehmer (Unterauftragnehmer) eingesetzt werden sollen bzw. müssen (Eignungsleihe zum Nachweis der beruflichen Leistungsfähigkeit), so ist auch **Anlage A3** mit dem Angebot einzureichen.

## **14. Eignung**

### **14.1 Allgemeines**

Öffentliche Aufträge werden gemäß § 122 Absatz 1 GWB an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht nach den §§ 123, 124 GWB auszuschließen sind.

Die Bieter haben zum Nachweis ihrer Eignung sämtliche in dieser Ziffer 14 geforderten Eignungsunterlagen mit Ihrem Angebot einzureichen.

Die geforderten Eigenerklärungen, Nachweise und Unterlagen müssen aktuell sein und den gegenwärtigen Tatsachen entsprechen. Sollten sich während des Verfahrens Änderungen insbesondere an den vom Bieter erbrachten Eigenerklärungen ergeben, ist der Bieter verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich über die Änderungen zu informieren und gegebenenfalls aktualisierte Eigenerklärungen abzugeben. Der Auftraggeber ist verpflichtet, diese Änderungen bei der Prüfung der Eignung des Bieters zu berücksichtigen.

Im Rahmen der formalen Eignungsprüfung wird die Vergabestelle die Angebote der Bieter auf Vollständigkeit der nach §§ 48 ff. VgV geforderten Erklärungen und Belege sowie weiterer Nachweise prüfen.

Die Vergabestelle behält sich ausdrücklich vor, in angemessenem Umfang ergänzende Unterlagen zu verlangen, soweit dies nach ihrer Einschätzung erforderlich erscheint.

### **14.2 Vom Bieter einzureichende Eignungsunterlagen**

Zum Nachweis seiner Eignung hat der Bieter die nachfolgend aufgeführten Anlagen A6 bis A9 zu verwenden:

- **Anlage A6** „Eigenerklärung – Allgemeine Eignungsanforderungen“
- **Anlage A7** „Eigenerklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit“

- **Anlage A8** „Eigenerklärung – Besondere Eignungsanforderungen“
- **Anlage A9** „Referenzliste“

Sofern und soweit der Bieter sich zum Nachweis seiner Eignung im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit (Anlagen A7 bis A9) auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Drittunternehmen) beruft, sind diese Anlagen (Anlagen A7 bis A9) ggf. vom Bieter und vom Drittunternehmen bzw. nur vom Drittunternehmen vorzulegen (vgl. Ziffer 14.5).

### **14.3 Von Bietergemeinschaften einzureichende Eignungsunterlagen**

14.3.1 Bietergemeinschaften steht es grundsätzlich frei, die geforderten Eigenerklärungen zum Nachweis ihrer Eignung – soweit nicht ausdrücklich anders gefordert - entweder

- von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft separat oder
- einheitlich für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft nur vom bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft

vorzulegen.

Sofern und soweit die Eignungsunterlagen einheitlich für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft vom bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, diese für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vor Zuschlagserteilung einzeln zu überprüfen.

14.3.2 Zum Nachweis ihrer Eignung hat die Bietergemeinschaft die nachfolgend aufgeführten Anlagen A6 bis A9 zu verwenden:

- **Anlage A6** „Eigenerklärung – Allgemeine Eignungsanforderungen“
- **Anlage A7** „Eigenerklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit“
- **Anlage A8** „Eigenerklärung – Besondere Eignungsanforderungen“
- **Anlage A9** „Referenzliste“.

Sofern und soweit die Bietergemeinschaft sich zum Nachweis ihrer Eignung im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit (Anlagen A7 bis A9) auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Drittunternehmen) beruft, sind diese Anlagen (Anlagen A7 bis A9) ggf. vom jeweiligen Mitglied der Bietergemeinschaft und vom Drittunternehmen bzw. nur vom Drittunternehmen vorzulegen (vgl. Ziffer 14.5)

#### **14.4 Bei Einsatz von Nachunternehmern zusätzlich vorzulegende Eignungsunterlagen**

14.4.1 Sofern ein Bieter beabsichtigt, die ausgeschriebene Leistung ganz oder teilweise durch einen Unterauftragnehmer ausführen zu lassen, so muss die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und der Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen gemäß Ziffer 15.1 auch für den Unterauftragnehmer nachgewiesen sein.

Soweit dies möglich ist, hat der Bieter die

- **Anlage A6** „Eigenerklärung – Allgemeine Eignungsanforderungen“

- ggf. mehrfach - für jeden vorgesehenen Unterauftragnehmer bereits mit dem Angebot einzureichen.

Die Vergabestelle behält sich ausdrücklich vor, unmittelbar vor Zuschlagserteilung ggf. noch fehlende Eigenerklärungen der vorgesehenen Unterauftragnehmer **Anlage A6** „Eigenerklärung – Allgemeine Eignungsanforderungen“) zu fordern.

14.4.2 Für die Unterschriften der Unterauftragnehmer, auf die der Bieter zurückgreift, genügt Textform im Sinne von § 126b BGB.

#### **14.5 Bei Eignungsleihe zusätzlich vorzulegende Eignungsunterlagen**

14.5.1 Sofern ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Wege der Eignungsleihe im Sinne von § 47 VgV zurückgreift, ist Folgendes zu beachten:

14.5.2 Zum Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen in Bezug auf den Eignungsverleiher ist

- **Anlage A6** „Eigenerklärung – Allgemeine Eignungsanforderungen“

vom Eignungsverleiher vorzulegen.

14.5.3 Soweit der Bieter zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf den Eignungsverleiher zurückgreift, ist

- **Anlage A7** „Eigenerklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit“

(auch) vom Eignungsverleiher vorzulegen.

Die Nachweise und Erklärungen bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (vgl. Ziffer 15.2 und **Anlage A7**) müssen nur in dem Umfang eingereicht werden, in dem das Unternehmen seine Leistungsfähigkeit dem Bieter zur Verfügung stellt. Es ist insoweit ausreichend, wenn die Leistungsfähigkeit vom Bieter und dem Eignungsverleiher zusammen nachgewiesen wird.

14.5.4 Soweit der Bieter zum Nachweis seiner beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten des Eignungsverleihers zurückgreift, sind

- **Anlage A8** „Eigenerklärung – Besondere Eignungsanforderungen“ und
- **Anlage A9** „Referenzliste“

(auch) vom Eignungsverleiher nach den nachfolgenden Regelungen einzureichen:

Die Nachweise und Erklärungen bezüglich der beruflichen Leistungsfähigkeit (vgl. Ziffer 15.3 sowie **Anlagen A8 und A9**) müssen nur in dem Umfang eingereicht werden, in dem das Unternehmen seine Leistungsfähigkeit dem Bieter zur Verfügung stellt. Es ist insoweit ausreichend, wenn die Leistungsfähigkeit vom Bieter und dem Eignungsverleiher zusammen nachgewiesen wird.

Der Nachweis über die einschlägige berufliche Erfahrung (vgl. Ziffer 15.3.2 und **Anlage A9**) muss von dem Unternehmen vorgelegt werden, das die entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung stellt und im Auftragsfall die entsprechenden Leistungen erbringen würde, also entweder

- vom Eignungsverleiher, der dann gleichzeitig als Nachunternehmer einzusetzen ist

oder

- bei vorgesehener Teilung der Leistungserbringung: vom Bieter und vom Eignungsverleiher zusammen (der Eignungsverleiher ist dann ebenfalls gleichzeitig als Nachunternehmer einzusetzen)

## **15. Vorzulegende Eignungsnachweise**

### **15.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und Beleg über die Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**

Als Eignungsnachweis ist die Abgabe einer Eigenerklärung gemäß **Anlage A6** „Eigenerklärung – Allgemeinen Eignungsanforderungen“ erforderlich.

### **15.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

#### **15.2.1 Haftpflichtversicherung**

Als Nachweis wird eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung über den gesamten Vertragszeitraum gefordert.

15.2.2 Der Nachweis erfolgt durch die Abgabe einer Eigenerklärung gemäß **Anlage A7** „Eigenerklärung über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit“

### **15.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

#### **15.3.1 Eigenerklärung**

Als Eignungsnachweise ist die Abgabe einer Eigenerklärung gemäß **Anlage A8** „Eigenerklärung – Besondere Eignungsanforderungen“ erforderlich.

#### **15.3.2 Referenzen**

Darüber hinaus hat der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner/ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit **zusätzlich eine** Referenzliste mit seinem/ihrer Angebot vorzulegen:

Die Referenzliste ist unter Verwendung der **Anlage A9** „Referenzliste“ einzureichen, der auch die inhaltlichen Anforderungen an die Referenzen zu entnehmen sind.

Die Referenzliste muss mindestens zwei Referenzaufträge enthalten, die innerhalb der letzten drei Jahre bestanden haben bzw. aktuell bestehen (d.h. laufendes Vertragsverhältnis oder innerhalb der letzten drei Jahre abgeschlossenes Vertragsverhältnis) und in Inhalt, Anforderungen und Volumen dem ausgeschriebenen Auftrag möglichst ähnlich sind und die nachfolgenden Mindestanforderungen erfüllen.

Der erste Referenzauftrag muss die nachfolgenden Mindestanforderungen erfüllen:

- Bereitstellung und Implementierung für mindestens 3 Systemumgebungen unter Angabe der Systemumgebungen
- Scheduling-Serverkomponenten laufen auf einem Linux-Derivat (bspw. Linux SLES 15)
- Anzahl der Clientsysteme beträgt mind. 20 (mit unterschiedlichen Betriebssystemen)
- Migration von z/OS-Scheduler (IWS) zur angebotenen WLA-Softwarelösung
- Umfang der Migration umfasste mindestens 4.000 Jobs
- Migration wurde innerhalb von 9 Monaten abgeschlossen

Der zweite Referenzauftrag muss die nachfolgenden Mindestanforderungen erfüllen:

- Bereitstellung und Implementierung für mindestens 3 Systemumgebungen unter Angabe der Systemumgebungen
- Nennung des Betriebssystems für Scheduling-Serverkomponenten, die auf einem Linux-Derivat laufen (bspw. Linux SLES 15)
- Anzahl der angebundenen Clientsysteme beträgt mind. 20 (mit unterschiedlichen Betriebssystemen)
- Mindestens eines der angebundenen Clientsysteme läuft unter z/OS
- Anzahl monatlich ausgeführter Prozesse / Task ist größer als 80.000

Darüber hinaus hat die Referenzliste zu jedem Referenzauftrag folgende Mindestangaben zwingend zu enthalten:

- Name und Sitz des Referenzkunden;
- Ansprechpartner des Referenzkunden (inkl. Kontaktdaten: E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer);
- Angabe, wer die Referenz einbringt: Bewerber/Bewerbergemeinschaft/Eignungsverleiher (Unterauftragnehmer);
- Angabe, ob der Referenznehmer direkter Vertragspartner des Referenzunternehmens ist oder als Unterauftragnehmer eingesetzt wird/wurde;
- Angabe, ob die Migration durch Unterstützung von weiteren Unterauftragnehmern umgesetzt wurde;
- Vertragslaufzeit des Referenzauftrages (TT.MM.JJJJ – TT.MM.JJJJ)
- Beschreibung des Vertragsgegenstandes;

### Hinweise:

- **Neue Vertragsverhältnisse, deren Laufzeit noch nicht begonnen hat, sind nicht als Referenznachweis zugelassen.**
- **Angebote mit einer unvollständigen Referenzliste (insbesondere fehlende Mindestangaben, wie bspw. fehlende Angabe der Kontaktdaten des Ansprechpartners) können vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.**
- **Es ist nicht ausreichend, wenn der Ansprechpartner des Referenzkunden dem Beitragsservice nur auf Anfrage konkret benannt wird, da der Beitragsservice beabsichtigt, die angegebene Referenz zu überprüfen. Im Zweifel hat der Bewerber den Ansprechpartner des Referenzkunden zuvor um seine Einwilligung zu bitten, um datenschutzrechtliche Bedenken auszuräumen.**
- **Werden die Mindestanforderungen nicht erfüllt, wird das Angebot vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.**

## **16. Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote**

### **16.1 Zuschlagskriterien**

**16.1.1** Der Auftraggeber ermittelt das wirtschaftlichste Angebot anhand folgender Zuschlagskriterien

- Preis 60 %
- Qualität 40 %

Gemäß § 58 Abs. 1 VgV i.V.m. § 127 GWB erfolgt der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot.

**16.1.2** Die Prüfung der Angebote erfolgt nach Maßgabe der §§ 56 ff. VgV. Unvollständige Angaben, die eine Wertung des Angebots unmöglich machen oder wesentlich erschweren, können zur Nichtberücksichtigung oder zum Ausschluss des Angebots führen. Formal und inhaltlich auszuschließende Angebote bleiben bei der Wertung unberücksichtigt.

**16.1.3** Die Angebote werden zunächst auf Vollständigkeit und auf Übereinstimmung mit den Vorgaben der Vergabebedingungen überprüft. Der fristgerechte Eingang wird festgestellt. Zudem werden die Eignung der Bieter, das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie die Angemessenheit der angebotenen

Preise geprüft. Die Vergabestelle behält sich vor, sich im Rahmen der Angemessenheitsprüfung des Preises vom Bieter die Kalkulation offenlegen zu lassen.

Der Beitragsservice behält sich vor, von der Nachforderungsmöglichkeit gemäß § 56 VgV nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch zu machen.

## 16.2 Preisliche Bewertung der Angebote (Gewichtung 60%)

Die angebotenen Preise (netto/brutto) sind unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes in den hierfür jeweils vorgesehenen Feldern im Angebot (**Anlage A**) und in das Preisblatt gemäß **Anlage A10** einzutragen.

Die **Grundlage für die Preisbewertung** bildet der in **Anlage A** angebotene Gesamt-Bruttopreis. Im Rahmen der Preisbewertung werden maximal 600 Punkte vergeben.

Das Unternehmen, das den niedrigsten Preis anbietet, erhält die für das Kriterium Preis maximal erreichbare Punktzahl.

Alle höheren Preisangebote werden mit dem Niedrigstpreis-Anbieter verglichen. Bei den höheren Preisangeboten wird die Punktzahl in dem Prozentsatz herabgesetzt, in dem das Preisangebot über dem preisgünstigsten Angebot liegt.

Beispiele:

Bieter	Bruttogesamtpreis	Abweichung in Prozent	Punkte
Unternehmen A	€ 100.000,-	0 %	600
Unternehmen B	€ 110.000,-	10 %	540
Unternehmen C	€ 120.000,-	20 %	480

Formel:

$$\left(1 - \frac{(\text{Ang. Preis} - \text{niedr. Preis})}{\text{niedr. Preis}}\right) * \text{Max. Punktzahl}$$

**Der Punktwert wird auf die zweite Nachkommastelle kaufmännisch gerundet.**

**(Hinweis: Es handelt sich um frei erfundene Beispielspreise.)**

Preisnachlässe mit Bedingungen für die Zahlungsfrist (Skonti) werden nicht



### 16.3 Qualitative Bewertung der Angebote (Gewichtung 40%)

Als Grundlage für die Qualitätsbewertung werden die vom Bieter in Anlage A11 „Qualität“ gemachten Angaben zum Automatisierungsgrad sowie das vom Bieter eingereichte Konzept herangezogen. Im Rahmen der Qualitätsbewertung können maximal 400 Punkte erzielt werden.

Die Punkte verteilen sich im Einzelnen wie folgt:

- Konzeptbeschreibung max. 320 Punkte
- Angabe zum Automatisierungsgrad max. 80 Punkte

Die Bewertung der Angaben in Anlage A11 „Qualität“ (vgl. dortige Tabelle) zum Automatisierungsgrad je Migrationspaket (max. 80 Punkte) erfolgt auf Grundlage der nachstehenden Bewertungsmatrix:

Automatisierungsgrad von	Automatisierungsgrad bis	Punkte
0%	20%	0
21%	30%	2
31%	40%	4
41%	50%	6
51%	75%	8
über 75%		10

Die Vergabestelle wird die Qualitätsbewertung der Konzeptbeschreibungen mit Ausnahme der Angaben zum kalkulierten Automatisierungsgrad im Rahmen einer **vergleichenden Bewertung** ausschließlich anhand der Angaben der Bieter vornehmen, die in sich schlüssig und nachvollziehbar sein müssen und in Bezug auf die technische Funktionalität überzeugen. Derjenige Bieter, dessen Beschreibung im Hinblick auf die in Anlage A11 „Qualität“ aufgeführten Bewertungsaspekte am besten eingeht, erhält die für das Bewertungskriterium vorgesehene maximale Punktzahl. Alle anderen Beschreibungen werden hieran gemessen.

### 16.4 Zuschlagsentscheidung

Für die Gesamtwertung werden die Punkte addiert, die der Bieter jeweils für den Preis und die Qualität erzielen konnte, und daraus wird eine Gesamtpunktzahl ermittelt. Den Zuschlag erhält der Bieter, dessen Angebot die höchste Gesamtpunktzahl erreicht. Gemäß § 58 Abs. 1 VgV i.V.m. § 127 GWB erfolgt der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot.